

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Grosse Koalition

Warschau (spk) In Polen haben sich am Donnerstag sieben Parteien der Regierungskoalition und drei bisher oppositionelle Parteien grundsätzlich auf eine grosse Koalition geeinigt. Um Ministerpräsident Jan Olszewski sollen sich die Parteien der zwei früheren Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki und Jan Krzysztof Bielecki von der Demokratischen Union und vom Liberal-Demokratischen Kongress scharen.

Jelzin warnt Ukraine

Moskau (spk) Der russische Präsident Boris Jelzin hat die Ukraine nach einer Meldung der Interfax eindringlich gewarnt, die Schwarzmeerflotte zu übernehmen. Jelzin betonte laut Interfax: «Das Schicksal der Flotte kann und muss in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) auf dem Verhandlungsweg gelöst werden.»

Privatisierungsgesetz

Sofia (spk) Das bulgarische Parlament in Sofia hat ein Gesetz zur Privatisierung der zu 96 Prozent staatlichen Wirtschaft des Landes in erster Lesung verabschiedet. Das berichteten die Zeitungen in Sofia am Freitag. Für den Gesetzesentwurf stimmten 169 der 240 Abgeordneten.

Die Jugend früh bei politischen Fragen mitwirken lassen?

Keine Einhelligkeit im Landtag bei der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters – Kommt es in dieser Frage zur Volksabstimmung?

(G.M.) – Die erwartete Einhelligkeit des Landtags bei der Frage der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters ist ausgeblieben, so dass sich die Abgeordneten anlässlich der nächsten Sitzung nochmals mit dieser Angelegenheit, da es um eine Verfassungsänderung geht, zu befassen haben. Nachdem im Landtag eine einstimmige Befürwortung dieser Vorlage ausblieb, dürfte der Absicht verschiedener Abgeordneter, diese Frage endgültig erst durch das Volk entscheiden zu lassen, kaum etwas im Wege stehen.

Mit der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters sowie des Mündigkeitsalters betritt unser Land weder Neuland, noch versucht es eine Vorreiterrolle zu spielen – im Gegenteil, die meisten europäischen Länder haben gesetzliche Bestimmungen erlassen, um die Jugend früher an den politischen Entscheidungen mitwirken zu lassen. Und auch der Europarat gab an seine Mitgliedsländer die Empfehlung heraus, bei einer Änderung dieser Altersgrenze auf 18 Jahre zu tendieren.

Jede Grenze ist willkürlich

Als die FDP-Fraktion die Motion über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre im Landtag vor zwei Jahren begründete, meinte der damalige FDP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt, jede Altersgrenze erscheine ir-

gendwie willkürlich und nicht streng rational bestimmbar, doch erachte er die heutige Jugend mit 18 Jahren als reif genug, um auch politische Entscheidungen treffen zu können. VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser pflichtete ihm bei, dass die Altersgrenze für die politische Reife der heutigen Jugend früher als vor einigen Jahrzehnten angesetzt werden könne. Dennoch – der Landtag brachte in dieser Frage, als es um die Abstimmung ging, nur 21 Stimmen zusammen: Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU), Günther Wohlwend (VU), Franz Wächter (Stellvertreter VU) und Martin Jehle (FBP) enthielten sich der Stimme oder stimmten dagegen.

Jugend miteinbeziehen

Gründe, die gegen die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters sprechen würden, wurden im Landtag praktisch nicht vorgebracht. Umso mehr jedoch begründeten die für die Vorlage eingestellten Abgeordneten die Senkung der Altersgrenze. Das politische Interesse der Jugend werde gefördert, meinte Dr. Alois Ospelt (FBP) und fügte hinzu, dass die Jugendlichen möglichst früh mitbestimmen und die eigene Zukunft mitgestalten können sollten. «Es muss unser Ziel sein», erklärte Reinhard Walser (VU), «im Rahmen unserer demokrati-

schen Staatsform möglichst vielen Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern, die willens und fähig sind, das Stimm- und Wahlrecht zu geben.» Ferner war die Rede davon, dass die Jugendlichen schliesslich mit 18 Jahren bereits den Führerschein erwerben könnten, dass viele in diesem Alter schon im Erwerbsleben oder in einer Ausbildung stehen würden, dass viele bereits Steuern bezahlen müssten und Sozialabgaben leisteten, dass sich mit 18 Jahren auch der rechtliche Status ändere: Auch das Strafrecht unterstelle, abgesehen von einigen speziellen Regelungen für junge Erwachsene, sie grundsätzlich dem Erwachsenen-Strafrecht.

Ablehnende Gründe

Zu den vielen Gründen, die für die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters sprechen, lieferte einzig Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU) einige Überlegungen bei, um seine negative Haltung zu begründen. Schon ein junger Mensch mit 20 Jahren habe mit der beruflichen Aus- und Weiterbildung, mit der Ergreifung eines Berufes oder Familiengründung Probleme zu lösen, die ihn voll in Anspruch nehmen würden und die es ihm nur in Ausnahmefällen gestatteten, sich auch noch mit öffentlichen Dingen zu beschäftigen. Wenn man in

Rechnung stelle, erklärte er weiter, «dass die Befassung mit öffentlichen Angelegenheiten eine zeitaufwendige Beschäftigung ist, bei der sich oft auch erfahrene, ältere Leute überfordert fühlen, muss man sich fragen, welchen Nutzen die Festlegung des Wahlrechtsalters, egal ob damit das aktive oder passive Wahlrecht gemeint ist oder beide zusammen, auf die Vollendung des 18. Lebensjahres, für die betreffenden jungen Leute einerseits und für den Staat andererseits haben soll.»

Wie entscheidet das Volk?

Da mit grosser Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass der Landtag diese Frage letztlich vom Volk entscheiden lassen wird, dürften diese Argumente für oder gegen die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters in den öffentlichen Diskussionen wieder auftauchen. Wenig zielführend allerdings dürfte sein, nach dem «Nutzen» zu fragen, denn bei der Heranführung der Jugend zum mündigen Staatsbürger und zur mündigen Staatsbürgerin geht es um eine Grundsatzfrage des demokratischen Staatswesens. Die Frage der altersmässigen Abgrenzung wird zweifellos immer umstritten bleiben, im Interesse der Sache sollte jedoch vom Grundsatz, nicht von Nützlichkeitsabwägungen ausgegangen werden.

Internationalisierung von regionalen Unternehmen als Forderung

Gründung eines «Euro-Circle Rheintal-Bodensee» als grenzüberschreitender Treffpunkt für Unternehmer und Manager – Liechtenstein vertreten

(G.M.) – Die grenzüberschreitenden Aktivitäten, die bisher etwa im Rahmen des Bodensee-Rates oder auf wirtschaftlicher Ebene mit der Arbeitsgemeinschaft der Bodensee-Handelskammern bereits bestehen, soll nach Auffassung von Dr. Josef Bertsch, dem Präsidenten der Voralberger Handelskammer, in Zukunft verstärkt werden. In Feldkirch fand am Donnerstagabend die erste Zusammenkunft von Wirtschaftsvertretern in einem neugegründeten «Euro-Circle Rheintal-Bodensee» statt. Auch liechtensteinische Wirtschaftsvertreter waren vertreten.

Der «Euro-Circle Rheintal-Bodensee» bezweckt den vertieften Kontakt auf beiden Seiten des Rheins zwischen Unternehmern und Managern aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und Deutschlands, die mit den Integrationsbestrebungen in Europa vor grossen Herausforderungen stehen. Geplant sind vorerst drei Veranstaltungen im Jahr, die alternierend in Österreich, der Schweiz und Liechtenstein durchgeführt werden sollen. Ein Einbezug von Unternehmern aus Deutschland, die bereits im EG-Raum agieren, ist für die Zukunft vorgesehen.

Internationalisierung in der Region

Die Initiative für die Gründung eines «Euro-Circle», der gemäss seiner Namensgebung sich vor allem mit europäischen Fragen befassen soll, ging von der Industriesektion in der Voralberger

Handelskammer, vom Arbeitgeber-Verband des Rheintals und der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer aus. Als Thema für die erste Veranstaltung habe sich, bemerkte Dr. Josef Bertsch, die «Internationalisierung von regionalen Unternehmen» geradezu angeboten, weil einige Betriebe der Region bereits sehr stark im Export engagiert seien. Für diese Unternehmen würden sich durch den bevorstehenden Abbau von administrativen und technischen Handelshemmnissen, aber auch durch die angestrebte Freizügigkeit des Arbeitsmarktes und der Freigabe öffentlicher Ausschreibungen im Hinblick auf die Schaffung des EWR und mit dem Beitritt zur EG neue Perspektiven ergeben.

Anschluss an Europa

Zwei Vertreter von erfolgreichen, aber gänzlich anders strukturierten Unternehmen der Region gingen in Referaten auf ihre Vorstellungen und Chancen ein, was

den wohl richtigen Eindruck vermittelte, dass nicht nur eine Lösung für die Zukunft die richtige Lösung ist, sondern dass unternehmerisches Gespür gefordert sein wird, um die Herausforderungen zu bewältigen. Günther Rhomberg, Huber-Tricot, Götzis, sprach zum Thema «Auf dem Weg zum EG-Unternehmen: Strategische Erfolgspotentiale und Visionen im Europa-Textilmarkt», während Armin Bartl, Greiter AG, Altstätten, über «Piz Buin: Vom Sonnenschutzpionierunternehmen zur Weltmarke im Cosmetic-Care-Business» referierte. So unterschiedlich die Voraussetzungen, die Unternehmensstruktur und die Produktion beider Unternehmen ist, gemeinsam war doch das Bekenntnis, dass sich im künftigen Europa die Internationalisierung von regionalen Unternehmen aufdränge.

Europa als grosser Markt

Der Ausschluss vom europäischen Markt ist für Rhomberg ein grosser Nachteil für die «Textilbranche, die unter sehr

starker Konkurrenz aus dem Fernen Osten und dem Osten Europas zu bestehen hat. Nach seiner Auffassung wird Europa in Zukunft zu einem grossen Markt zusammenwachsen. Die Firma Huber hat sich der Mehrmarken-Produktion und dem Marketing spezieller Marken auf dem Wäsche- und Sportsektor verschrieben, wobei dauernde Qualitätsverbesserungen der Produktion und die Verbesserung der Vermarktungsqualität eine besondere Rolle spielen. Vorerst ist das Unternehmen, so Rhomberg, auch in der Ausrichtung auf den Export erfolgreich – ob die jetzige Unternehmensstrategie auf Dauer Erfolg haben wird, kann nach seiner Ansicht nicht abgeschätzt werden.

Die Firma Greiter AG, die mit der Sonnenschutzmarke «Piz Buin» bekannt geworden ist, schloss sich, nach sehr erfolgreicher Geschäftstätigkeit in der Schweiz und Österreich, dann in ganz Europa, dem amerikanischen Konzern Johnson & Johnson an.

Schweiz: Arbeitsfreier 1. August kommt

Bern (AP) Der in der ganzen Schweiz arbeitsfreie 1. August ist einen Schritt nähergerückt. Eine Kommission des Nationalrates hat einen Gesetzesentwurf über den Bundesfeiertag ausgearbeitet, der am Freitag veröffentlicht wurde. Die Schweizer Demokraten (SD) halten dennoch an ihrer in die gleiche Richtung zielenden Volksinitiative fest. Der Bundesfeiertag müsse explizit in der Verfassung verankert werden, erklärte SD-Präsident Rudolf Keller auf Anfrage.

Bis heute ist der 1. August nur in den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Genf und Tessin ein ganzer und in Solothurn ein halber offizieller Feiertag. Daran stossen sich die SD, die einen landesweiten offiziellen Bundesfeiertag als «gebührende patriotische Ehrenbezeugung gegenüber dem Gründungsakt unseres Staatswesens» als notwendig erachten. Sie reichten deshalb eine parlamentarische Initiative und parallel dazu eine von rund 104 000 Stimmberechtigten unterzeichnete Volksinitiative ein. Nachdem der Nationalrat im September 1990 die parlamentarische Initiative von Markus Ruf (SD/BE) gegen den Widerstand der vorbereitenden Kommission in einer Namensabstimmung mit 100 gegen 66 Stimmen gutgeheissen hatte, hat die Petitions- und Gewährleistungskommission einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet.

Feierlicher Abschluss des VOLKSBLATT-Olympia-Wettbewerbs

Am Donnerstag wurden die Preise den glücklichen Gewinnern übergeben



Mit der feierlichen Preisübergabe fand der VOLKSBLATT-Olympia-Wettbewerb, welcher anlässlich der Winterspiele in Albertville durchgeführt wurde, seinen krönenden Abschluss. 10 glückliche Gewinner konnten die Preise im Gesamtwert von 4000 Franken in Empfang nehmen. Unser Bild zeigt die strahlenden Gewinner, von links: Florian Oehri, Agnes Gantner, Thomas Kindle, Christine Gschwentner, Marion Müller, Gabriele Oehry, Sabine Wille, Jakob Kindle, Röbi Schmidt, Christoph Kindle (VOLKSBLATT-Sportredaktion) und Philippe Broghe (Sponsor).

MINOLTA
7000 I-Set
m. Objektiv
35-80/3.5
698.-

IMEX
Foto · Video · TV · Hi-Fi
Computer
Landstrasse 434 · Telefon 075 2 71 88
FL-9495 Triesen
Profitieren Sie... noch heute

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG JAHRE WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber

SWITZERLAND
STIMME 24
RHYTHMUS 24

PATEK PHILIPPE
GENEVE